

Hakel/Kucharowits: Thema "Sterben" nicht mehr tabuisieren

Filmpräsentation "Ein Augenblick Leben" gestern Abend im Parlament

Wien (OTS/SK) - Die SPÖ-Abgeordneten Elisabeth Hakel, Bereichssprecherin für Kunst und Kultur und Katharina Kucharowits, Kinder- und Jugendsprecherin, haben am Donnerstagabend zur Vorführung der Dokumentation "Ein Augenblick Leben" der Psychotherapeutin und Filmemacherin Anita Natmeßnig ins Parlament geladen. "Es ist notwendig, das Thema 'Sterben' aus der Tabuzone zu holen und es in all seinen Facetten offen zu diskutieren", sagten die SPÖ-Abgeordneten vor der Präsentation des Films, der ein berührendes und einfühlsames Portrait eines todkranken Krebspatienten in seinen letzten Lebensmonaten zeichnet. ****

In der anschließenden Diskussion waren sich Katharina Kucharowits, Anita Natmeßnig und die Vorsitzende der Bioethikkommission im Bundeskanzleramt, Christina Druml einig, dass die Palliativversorgung in Österreich ausgebaut und flächendeckend angeboten werden muss. "Und zwar unabhängig vom finanziellen und konfessionellen Hintergrund der Personen", so Kucharowits, die nochmals die Eckpunkte der Enquete-Kommission "Würde am Ende des Lebens", wie die aktuelle Situation in der Palliativ- und Hospizversorgung, deren Finanzierung, die Patientenverfügung und die Frage nach einer Verankerung des "Sterbens in Würde" in der Verfassung zusammenfasste. "Die Enquete-Kommission hat unter reger Beteiligung von Expertinnen und Experten, Bürgerinnen und Bürgern stattgefunden. Das ist ein sehr positives Zeichen. Die Diskussionen in der Enquete-Kommission sollen nicht das Ende, sondern der Anfang einer breit geführten Diskussion sein. Es hat sich gezeigt, dass man sich vor dem Thema 'Sterben' nicht fürchten muss und soll", unterstrich Kucharowits.

"Es gibt Einigkeit darüber, dass mehr mobile Teams und stationäre Einrichtungen für Palliativmedizin notwendig sind. Jeder Mensch soll selbst darüber entscheiden können, wie er sterben möchte", so Kucharowits, die in diesem Zusammenhang vor allem auch auf die fehlende Unterstützung von schwerkranken Kindern und Jugendlichen hinwies: "Aktuell sind etwa 1.000 Kinder, Jugendliche und deren Familien betroffen. Die palliative Versorgung für diese Gruppe ist bei weitem noch nicht so ausgebaut, wie wir uns das wünschen. Gerade bei der jungen Bevölkerungsgruppe geht es auch darum, das Umfeld und die Familien zu stärken", so Kucharowits, die auch zum wiederholten Male klar machte, dass eine Verankerung in der Verfassung aus Sicht der SPÖ nicht sinnvoll ist.

Druml: Überbehandlung vermeiden

Vor der Gefahr einer Überbehandlung sterbenskranker Menschen warnte Druml. "Aus Angst vor einer strafrechtlichen Verfolgung und aus Angst, in die Verantwortung genommen zu werden, wenn nicht alle lebenserhaltenden Maßnahmen gesetzt wurden, besteht das Risiko, dass Ärztinnen und Ärzte Maßnahmen setzen, die gegen den Willen der schwer kranken Personen sind. Der Wille des einzelnen Patienten ist zu respektieren", so Druml, die sich für Verbesserungen im Lehrplan für angehende

MedizinerInnen - gerade im Bereich der Palliativmedizin als Querschnittsmaterie - ausspricht.

Natmeßnig: Aufwertung palliativmedizinischer Ausbildung notwendig

Anita Natmeßnig, die selbst zwei Monate lang ein Praktikum am Hospiz Rennweg absolvierte, berichtete von ihren dortigen Erfahrungen: "Die ersten Eindrücke, die ich damals hatte, waren eine gewisse Langsamkeit, die hier besonders wichtig ist, eine Stille und vor allem auch, vielleicht etwas überraschend, eine Heiterkeit. Es wird viel gelacht", so Natmeßnig. Auch sie spricht sich für eine Aufwertung der palliativmedizinischen Ausbildung aus. "Ärztinnen und Ärzte haben oft nicht gelernt, mit sterbenskranken Menschen umzugehen. Für sie bedeutet Sterben ein Scheitern. Palliativmedizin setzt aber erst da an, wo eine Heilung nicht mehr möglich ist. Daher auch der weit umfassendere Begriff der 'Palliativ care', der neben der medizinischen, vor allem auch die soziale und psychologische Betreuung umfasst", betonte Natmeßnig.

SERVICE: Fotos der Veranstaltung stehen kostenfrei unter <https://www.flickr.com/photos/sozialdemokratie/> zur Verfügung. (Schluss) bj/ms

Rückfragen & Kontakt:

SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Löwelstraße 18, 1014 Wien

Tel.: 01/53427-275